

Rede von Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Niedersächsischen Landtages am 13. Mai 2022

+++Es gilt das gesprochene Wort+++

Sehr verehrte Frau Präsidentin Dr. Andretta
sehr verehrter Herr Ministerpräsident Weil
sehr verehrter Herr Prof. Prantl,
liebe Gäste,

bevor Sie sich jetzt fragen: „Was will der Bremer denn nun hier im niedersächsischen Landtag?“ – möchte ich Sie aufklären: Es ist mir als Vorsitzender der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten eine große Ehre heute hier zum 75. Jubiläum des Niedersächsischen Landtages zu Ihnen zum Thema Demokratie sprechen zu dürfen. Als Bremer, der quasi nur einen Fußbreit weg von der Niedersächsischen Grenze wohnt, verbindet mich auch mit ihrem Bundesland eine ganze Menge: Unter anderem habe ich meine Frau in Niedersachsen kennengelernt und als Landwirt bewirtschaftete ich auch niedersächsische Flächen.

Heute vor 75 Jahren, am 13. Mai 1947, hat sich der erste gewählte Landtag Niedersachsens nach dem Krieg zusammengefunden. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der ersten Stunde hatten

neben der Linderung all der Not auch die Verantwortung, nach den Jahren der menschenverachtenden Nazi-Diktatur die Demokratie neu aufzubauen. Mit der Konstituierung des Niedersächsischen Landtages 1947 haben sie sich damals zu dieser Aufgabe und zu Frieden und Freiheit bekannt. Und Sie – sehr verehrte Abgeordnete des Landtages – erneuern mit der Veranstaltung heute 75 Jahre später dieses Bekenntnis.

Heute auf ein starkes Niedersachsen und auf eine stabile und lebendige Demokratie zu blicken, ist Anlass für Stolz und Demut zugleich. Wir befinden uns aktuell in der größten weltpolitischen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wenn wir auf das schauen, was sich vor unseren Augen in den vergangenen Monaten in der Ukraine abgespielt hat, dann mussten wir uns alle eingestehen: Der Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich.

Meine Damen und Herren: Eine starke Demokratie bedarf starker Parlamente. Die Repräsentation ist nach wie vor das grundlegende Gestaltungselement von Demokratie – vor 75 Jahren und heute.

Die Orte der Diskussion und Meinungsbildung haben sich jedoch verlagert. Parteien, Vereine, Gewerkschaften oder Kirchen sind viele Jahre Räume relevanter gesellschaftlicher Debatten gewesen. Menschen unterschiedlicher Milieus haben dort Argumente ausgetauscht und über die großen Themen gestritten. Die Bindungskraft dieser Institutionen ist in den vergangenen Jahrzehnten gesunken. Stattdessen sind durch die sozialen Medien viele Teil-Öffentlichkeiten entstanden.

Eingeschlossen in digitalen Echokammern lassen viele Menschen zunehmend nichts mehr außer der eigenen Meinung gelten. Das Internet liefert uns schließlich pausenlos Bestätigung für die eigenen Ansichten.

Als Folge schwindet das Verständnis, dass es eben auch Zeit kostet, in einer Demokratie komplexe Inhalte abzuwägen und auszuhandeln. Verstehen Sie mich nicht falsch: Bürgerinnen und Bürger ärgern sich zu Recht darüber, wenn Verwaltung und Politik Dinge nicht zügig bearbeiten. Aber große Themen müssen gesellschaftlich verhandelt werden. Unsere Parlamente bleiben für mich dabei der Ort der Kontroverse, des Kompromisses, des Interessenausgleichs und der verbindlichen Entscheidung.

Trotzdem ist genauso klar: Die Menschen fühlen sich offenbar immer weniger durch ihre Abgeordneten repräsentiert. Die repräsentative Demokratie muss sich darum wandeln – und sie kann das auch. Denn Demokratie ist niemals abgeschlossen.

Um einer Krise der Repräsentation entgegen zu treten, haben erstens Sie, haben wir, als Abgeordnete die Pflicht, selbstbewusst und verantwortungsvoll zu handeln. Wir sind die gewählten Volksvertreter für alle Bürgerinnen und Bürger – und nicht nur für ein bestimmtes Klientel, für eine Bürgerinitiative oder für eine Partei. Das schließt für mich den Mut zur Debatte und zur klaren Positionierung im Parlament ein.

Zweitens sind auch Medien und Nutzer sozialer Netzwerke zur Selbstkritik aufgerufen: Wenn jede Kontroverse und jede inhaltliche Auseinandersetzung in der Twitter-Community zu Hysterie führt, dann wird eine konstruktive Auseinandersetzung zunehmend erschwert. Und es hält politisch interessierte Menschen im schlimmsten Fall davon ab, sich selbst zu engagieren.

Und drittens sind natürlich auch alle Bürgerinnen und Bürger gefordert, zur Demokratie der Zukunft beizutragen! Dazu gehört unter anderem das Verständnis, dass das wichtigste Werkzeug der Demokratie der Kompromiss ist. Demokratie kann nicht bedeuten: Mein Anliegen setzt sich durch – und alles andere ist undemokratisch.

Um dieses Verständnis zu schärfen, bin ich der Überzeugung, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Verlauf ihres Bildungsweges regelmäßig die demokratische Praxis anwenden sollten, um zu verinnerlichen, dass die eigene Meinung in einer Demokratie wertvoll und wichtig, aber eben nicht die letzte ist.

Ich danke Ihnen!